

SOMALILAND

Junge Familie wegen christlicher Mission hinter Gittern

Zu „Gefangenen des Monats Mai 2021“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea die vom Islam übergetretenen Christen Mohamed, Hamdi und ihr Kind im Säuglingsalter aus Somaliland benannt. Sie rufen dazu auf, sich für diese und weitere mitinhaftierte Christen in der völkerrechtlich zu Somalia gehörenden autonomen Region einzusetzen. Sie sind im Zuge einer Polizeirazzia am 21. Januar in der Hauptstadt Hargeysa festgenommen worden.

An dem Tag kam auch die äthiopische Christin Aster Informationen der Hilfsorganisation „Middle East Concern“ zufolge in Haft. Am Tag darauf führte die Polizei eine Hausdurchsuchung bei der jungen Familie durch, nahm bei der Gelegenheit noch eine Mitbewohnerin fest und beschlagnahmte Eigentum Mohameds und Hamdis. Weitere Festnahmen von Christen folgten Mitte Februar. Ihnen wird, neben Anstiftung zum Ungehorsam, Beleidigung des Islam vorgeworfen, was in dem Land am Horn von Afrika mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet wird. Inzwischen kamen einige der Inhaftierten wieder frei, darunter die Äthiopierin Aster.

Mohamed, Hamdi und eine namentlich nicht bekannte mitgefangene Person müssen sich zusätzlich wegen der Abkehr vom Islam und christlicher Mission vor Gericht verantworten. In Artikel 33 der Verfassung des



FOTO: RETLAW SNELLAC PHOTOGRAPHY – FLICKR, CC BY 2.0

Appellbrief

His Excellency
Muse Bihi Abdi
President of the Republic Somaliland
c/o Somaliland Mission UK
43-45 East Smithfield
London E1W 1AP
United Kingdom

E-Mail: contact@somaliland-mission.com

Your Excellency;

Please forgive me for approaching you on behalf of a young Christian family in Somaliland. The family was arrested during a police raid on January 21, 2021 in the capital, Hargeysa. I only have the first names of the parents, Mohamed and Hamdi, available to me. Along with them, their infant child was also taken into custody. The next day, the police searched the house of the young family, and additionally arrested a female co-resident. Property of Mohamed and Hamdi was also confiscated.

Further arrests of Christians followed in mid-February. They are accused of inciting disobedience and of insulting Islam. In court, Mohamed and Hamdi have to defend their abandonment of Islam and for engaging in Christian mission.

Dear Mr. President, thanks to your internationally recognized democratic endeavors, Somaliland is a relatively stable and secure country. However, as the above example demonstrates, the right of religious freedom, as formulated in the “Universal Declaration of Human Rights” of December 10th, 1948, is massively restricted in Somaliland.

Therefore, dear Mr. President, I humbly beseech you to advocate freedom of religion in Somaliland and to do everything in your power to have the incarcerated family released.

Most respectfully,

In der Hauptstadt Hargeysa wurden zum wiederholten Mal Neuchristen festgenommen.

international nicht anerkannten De-facto-Regimes Somaliland ist die Abkehr vom islamischen Glauben ausdrücklich mit Verweis auf die islamischen Rechtstradition verboten. Die Präsidentschaft Somaliland gilt zugleich als einigermaßen stabile Demokratie und versucht auch mit diesem Argument, international Anerkennung zu erlangen. Hinsichtlich der Menschenrechte gilt Somaliland als teilweise frei, aber eben mit erheblichen Einschränkungen der Gleichberechtigung von Frauen und Minderheiten, bis hin zur Verfolgung von Neuchristen. IGFM und idea rufen dazu auf, dem Präsidenten Muse Bihi Abdi zu schreiben. Somaliland, das nicht international anerkannt ist, wird durch keine offizielle Vertretung in Deutschland repräsentiert. Bitte schreiben Sie an das Vertretungsbüro in Großbritannien. Gerne können Sie um die Übersetzung ins Deutsche per E-Mail anfragen: religion@igfm.de.

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen: <https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

Kein Ende der Diktatur absehbar

Politische Gefangene teils seit Jahrzehnten hinter Gittern

Von Walter Flick

Post eines bekannten Menschenrechtlers

„In Eritrea gibt es für niemanden einen Wandel. Patriarch Abune Antonios ist noch in Hausarrest. Unsere katholischen Krankenhäuser und zum Teil unsere Schulen sind enteignet. Es gibt keine Veränderung beim Nationaldienst. Wegen der Pandemie ist das Leben für die meisten härter geworden“, hat der eritreische Menschenrechtler Mussie Zerai am 17. März 2021 an die IGFM geschrieben. Der katholische Ordenspriester fügte noch einen Bericht seiner gemeinnützigen Agencia Habeshia über den äthiopisch-eritreischen Militäreinsatz in der äthiopischen Provinz Tigray an. Zerai ist für seinen Einsatz für bedrohte Flüchtlinge international bekannt.

Gravierende Menschenrechtsverletzungen im diktatorischen Regime

In seiner Nachricht kristallisiert sich die Lage im Frühjahr 2021. Trotz des verheißungsvollen Friedensabkommens zwischen Äthiopien und Eritrea im Juli 2018 nach zwanzigjährigem Kriegszustand mit rund 80.000 Toten zeichnet sich kein innenpolitischer Wandel ab.

Dem neomarxistischen Regime in Eritrea unter dem seit 1993 regierenden Präsidenten Isaias Afewerki werden seit langem gravierende Menschenrechtsverletzungen wie die Verfolgung von Journalisten, Bürgerrechtlern und religiösen Gemeinschaften – Christen wie Muslimen – vorgeworfen. Im Mai 2002 hatte Staatspräsident Isaias Afewerki alle Angehörigen staatlich nicht erlaubter Kirchen – darunter 35 evangelikale – mit der Begründung, sie wirkten staatszersetzend, zu Staatsfeinden erklärt. Zugelassen sind neben dem Islam nur die orthodoxe, die katholische und die lutherische Kirche, die überwacht Gottesdienst feiern dürfen. Von den rund fünf Millionen Einwohnern sind jeweils rund 48 Prozent Christen und Muslime. Vier Prozent sind nichtreligiös oder Anhänger ethnischer Religionen.

Langjährige Beobachtung durch die IGFM

Die IGFM setzt sich seit langem für die Menschenrechte, insbesondere die Religionsfreiheit, in Eritrea ein. So auch im Rahmen der Aktion „Gefangener des Monats“, als sie im Oktober 2005, zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur Idea, Pastor Kidane Weldou dazu benannte, der im selben Jahr verschwunden war.

Zunächst waren von der Verfolgung allein protestantische Freikirchen betrof-



Helene Berhane

fen. Mit der Absetzung des rechtmäßigen eritreisch-orthodoxen Patriarchen Abune Antonios im Jahr 2006 zeichnete sich eine Ausweitung der Bedrohung für Christen ab. Er steht seit 2007 unter Hausarrest, weil er nach seinem Gewissen handelte. Er hat sich lediglich gegen staatliche Eingriffe in Kirchenangelegenheiten gewehrt. Seit dem Jahr 2017 ist kein öffentlicher Auftritt von ihm bekannt geworden und auch keine Informationen über seinen aktuellen Gesundheitszustand.

Der Einsatz der IGFM trug dazu bei, dass 2006 die bekannte christliche Sängerin Helene Berhane freigelassen wurde. Wegen ihres Glaubens war sie mehrere Jahre in einem Metallcontainer eingesperrt worden. Nach Freilassung gelang ihr die Flucht aus Eritrea und sie fand Aufnahme in Dänemark. Beim Evangelischen Kirchentag in Bremen 2009 konnten sie Besucher am IGFM-Stand kennenlernen und bei einer Podiumsrunde der IGFM Berhane singen hören.

Absolute Kontrolle

Inzwischen versucht das Regime, absolute Kontrolle über christliche Aktivitäten zu erlangen: Im Sommer 2019 kam es zur Enteignung von 21 insbesondere für die Landbevölkerung wichtigen katholischen Kliniken und zur Enteignung von katholischen Schulen. Im Frühjahr 2021 gehen Schätzungen von rund 500 wegen ihres Glaubens inhaftierten Christen aus. Die Häftlinge sind teilweise unter unmenschlichen Bedingungen in nicht klimatisierten Transportcontainern eingesperrt, wie etwa im Militärlager von Mai Serwa nahe der Hauptstadt Asmara.

Endloser Nationaldienst

Der offiziell für Männer und Frauen 18 Monate dauernde Militärdienst zieht sich als Nationaldienst oft über Jahre, manchmal Jahrzehnte hin, und führt seit langem zu einer massenhaften Fluchtbewegung

von mehreren hunderttausend Eritreern jährlich. Exilpriester Mussie Zerai sprach im Oktober 2019 gegenüber IGFM-Mitarbeitern von einem „Sklavendienst“ für einen Hungerlohn von 15 Euro monatlich.

Militärterror in Tigray

Im November 2020 bat Äthiopien Eritrea um Militärhilfe im Kampf gegen die abtrünnige Provinz Tigray. Nach glaubwürdigen Berichten ist es dabei zu Massakern an Bewohnern gekommen, die in Kirchen Schutz suchten, wie in der ehrwürdigen Pilgerstätte Aksum, wo etwa 800 Menschen ermordet wurden. Eritreische Soldaten sollen bei den Bluttaten maßgeblich beteiligt gewesen sein.

Organisationen wie „Release international“ sehen die Entlassung von etwa 170 gewissensgefangene Christen in Eritrea von 2020 bis März 2021 als Manöver, um von den erwähnten Vorgängen in Äthiopien abzulenken.

Eritrea unverändert „Nordkoreas Afrikas“

Eritrea wurde wiederholt schon „Nordkorea Afrikas“ genannt. Leider zeichnet sich dort keine Systemveränderung ab. Menschenrechtsorganisationen wie die IGFM warten vor allem auf die Freilassung zahlreicher Langzeitgefangener. Einige unter ihnen sitzen schon rund 20 Jahren hinter Gittern. Setzen Sie sich für den vor 15 Jahren abgesetzten, über 90-jährigen Patriarchen Abune Antonios und weitere Gewissensgefangene ein.



Abune Antonios

Aktionsvorschlag

Bitte schreiben Sie an den Präsidenten Eritreas, Isayas Afewerki (c/o Botschaft des Staates Eritrea, Stavangerstr. 18, D-10439 Berlin, Fax 030-44674621) und bitten ihn höflichst um Aufhebung des Hausarrests von Abune Antonios, dessen Schicksal große internationale Aufmerksamkeit erregte. Der Geistliche habe es verdient, seinen Lebensabend in Freiheit verbringen zu dürfen. Erinnern Sie ihn daran, dass Eritrea am 22. Januar 2002 dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen beigetreten ist. Einen Appellvorschlag erhalten Sie auch auf Anfrage unter:

religion@igfm.de